



**BBU-Pressemitteilung**  
20.12.2016

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz-Albert-Str. 55  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 214032  
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de  
www.facebook.com/bbu72

## **Löffelente contra Industriegebiet und Elbvertiefung**

(Bonn, Hamburg, 20.12.2016) Anlässlich der aktuellen Sitzungstermine des Bundesverwaltungsgerichtes hat sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut gegen die noch immer drohende Elbvertiefung ausgesprochen. Den Plänen zufolge soll die Elbe vom Hamburger Hafen aus Richtung Nordsee um rund einen Meter weiter vertieft werden.

Nach Auffassung des BBU darf die Sicherung von Arbeitsplätzen nicht auf dem Rücken der Natur durchgesetzt werden. Früher häufige Fischarten der Elbe wie Stör, Lachs und Aal sind selten geworden. Der BBU fordert, dass gerade im Umfeld der Metropole Hamburg dem Artenschutz eine hohe Bedeutung zugemessen werden muss. Dazu erklärt das Hamburger BBU-Vorstandsmitglied Regina Ludewig: „Ein verstärktes Engagement für den Umweltschutz ist dringend notwendig. Unsere Flüsse und die Nordsee sind nicht unbegrenzt belastbar: Die Elbe muss als wertvoller Naturraum endlich nachhaltig geschützt werden.“

Im Prozessverlauf wurde deutlich, dass die bisherigen Berechnungen zur Überflutungshöhe nicht zu stimmen scheinen. Die Kläger stützen sich auf eine Studie der Universität Hamburg, wonach die bisher berechneten Werte zu niedrig liegen. Der Hamburger Senat und die Wirtschaftsbehörde müssen aus Sicht des BBU auf jeden Fall "nachbessern".

Im Überflutungsraum der Untereibe zwischen Hamburg und der Elbmündung gibt es noch letzte Vorkommen des Schierlings-Wasserfenchel. Wenn die Elbe auf über 15 m Fahrrinne vertieft und ausgebaggert wird, steigt der Überflutungssaum der Ufer. Dadurch wäre die Lebensgrundlage des Schierlingswasserfenchels gefährdet. Dabei sieht der BBU den extrem seltenen Schierlings-Wasserfenchel als Beispiel für ein insgesamt schützenswertes Artenvorkommen der Uferbereiche. Hierzu zählt auch die seltene Löffelente, deren Lebensraum ebenfalls von der Elbvertiefung bedroht ist.

Der BBU weist darauf hin, dass schon vor 30 Jahren in Nordrhein-Westfalen ein Löffelenten-Vorkommen die Entstehung eines Industriegebietes verhindert hat. Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, der heute eine Mitgliedsinitiative des BBU ist, hatte damals erfolgreich die Kampagne „Rettet die Löffelente“ gestartet. „Das Industriegebiet konnte gestoppt und das Naturschutzgebiet Eiler Mark eingerichtet werden“, erklärt das Gronauer BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Für Buchholz liegt auf der Hand: „Es lohnt sich für den Artenschutz und die Lebensgrundlagen aktiv zu werden. Wer sich für den Umweltschutz engagieren möchte, findet in Bürgerinitiativen und Umweltgruppen Gleichgesinnte.“

Regina Ludewig und ihr BBU-Vorstandskollege Udo Buchholz hoffen auf ein „ökologisch geprägtes Urteil“ des Bundesverwaltungsgerichtes und sie drücken den Klägern gegen die Elbvertiefung alle Daumen.

Weitere Informationen zum Thema Elbvertiefung:

<http://www.hamburg-fuer-die-elbe.de>

<https://www.rettet-die-elbe.de>

### **Engagement unterstützen**

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://bbu-online.de>, telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72). Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO<sub>2</sub>-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.